

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckschrift: Nachrichten Dresden.
Geschäftsführer: Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr im Dresden bei täglich zweimaliger Auslegung monatlich M. 30.— oder durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich M. 30.—
Die 1-Spalte 32 mm breite Seite M. 9.— außerhalb Sachsen M. 11.— Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmärkten, 1-Spalige Ein- und Ver-
hälften 25% Nachahmung. Vorlesungen laut Tafel. Ausführliche Aufträge gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Siegert & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nac.“) gültig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Erlösung von Zins- und Gewinnantell-
scheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren
Stahlfächern unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Moratorium gegen erweiterte Kontrolle.

Die Industrie unter Aussicht.

(Editorial der „Dresden. Nachrichten“.)
London, 11. Aug. Nach Schluß der Konferenzsitzung am Mittwoch wurde mitgeteilt: Das Moratorium soll Deutschland für 1922 verliehen werden gegen Auflassung einer Kontrolle mit erweiterten Befreiungen. Letztere erstrecken sich nicht allein auf die Staatsfinanzen, sondern auch auf die Beschäftigung der Industrie und den Verbleib des industriellen Gewinns. Der Ballasthandel müsse der Spekulation ganz entzogen werden, was durch eine staatliche Vermittlung der fremden Wechselbedürfnisse erfolgen könnte. Angeblich soll die Kontrolle sich auch auf neue Ansagen, Bantien usw. erstrecken, die von Staat oder Gemeinde beabsichtigt sind. Es soll Sache der Kommission sein, jeweils das Bedürfnis schaustellen.

Poincarés wahres Ziel.

(Editorial der „Dresden. Nachrichten“.)
London, 11. August. Die Sachverständigen haben Poincarés Pläne abgelehnt, weil sie erkennen, die Finanzkontrolle, wie sie von dem Komitee vorgeschlagen wurde, für ausreichend erachteten und serner durch Poincarés Ausdehnung der Kontrolle auf den deutschen Außenhandel und die Einkünfte aus diesem, sowie durch die Beteiligung an der deutschen Industrie, Deutschlands Wirtschaftsleben zerstört werde. Die Kontrollkommissionen, welche mit den Beobachtungen in Deutschland betraut würden, kosteten mehr, als an Einkünften für die Alliierten zu erwarten sei. Der „Daily Telegraph“ erklärt Poincarés Pläne für eine utopistische Idee, der gewisse politische Absichten beigegeben seien. Worin diese Absichten gipfeln, hat vor einigen Tagen der „Daily Herald“ ausgesprochen, indem er betonte, daß Poincaré nicht nach London komme um aufzubauen, sondern um das deutsche Haus ganz zusammenzuziehen.

Ein angeblicher neuer Plan Poincarés.

London, 11. August. Französische Delegierte erklärten Vertretern der Presse, sie hofften, daß von England ein Gegenvorschlag eingerichtet werde, der geeignet sei, einen Weg zu einer neuen Konferenz zu bilden. Als Ort dieser neuen Konferenz, die dann als Fortsetzung der Londoner zu betrachten wäre, läme Brüssel in Frage. Ferner verlautet noch, daß Poincaré damit beschäftigt sei, einen Plan fertigzustellen, den er schon in Paris vorbereitet hatte, ehe der Roche-Balsours veröffentlicht wurde und auf Grund dessen Frankreich in der Reparationsfrage Opfer bringen, während England seinerseits einen Teil der französischen Kriegsschulden opfern soll. Trotzdem diese Nachricht noch der amtlichen Bekanntung entbehrt, wird sie von diplomatischen Kreisen für sehr wahrscheinlich gehalten.

Die französische Presse über London.

Paris, 10. August. Zur Lage, wie sie heute nachmittag von Paris aus beurteilt wird, schreibt der „Temps“: Die französische Regierung hält entschlossen den Grundschluß, den sie aufgestellt hat, aufrecht: Kein Moratorium ohne produktive Pfänder. Der Ministerrat beglückwünscht Poincaré für das, was er in London getan hat, und spricht ihm sein Vertrauen aus. „Journal des Débats“ meint: Obwohl die halbmäßigen Agenturen in der Nacht noch mehr pessimistische Noten veröffentlicht hätten, schiene seit 24 Stunden ein gewisser Fortschritt zu vergehen zu sein. — „Liberté“ erklärt: Wenn Frankreich nicht untergehen will, bleibt ihm nur ein Ausweg: an die Stelle des Schachspiels, den seine Verbündeten ihm aufzugezwungen haben, einen Groberrücksicht zu schenken. Dann werden unsere Toten nicht umsonst gestorben sein und Frankreich wird den gerechten Preis für ihr Blut und für seine Nünen erhalten haben. Das fordert Frankreich von dem klaren Willen Poincarés. Wenn es so kommen soll, wird für uns selbst aus unseren großen Erfahrungen in der Vergangenheit großes Heil hervorgehen. Im Leben der Völker wie der einzelnen kommt es oft so. — Der Sonderberichterstatter des „Intelligente“ meint dagegen, daß der Bruch da es gestern nicht dazu gekommen, unverhinderlich geworden sei, nachdem man es sich jetzt überlegt habe. Zu Journalisten äußerte der französische Innenminister Maunoury nach Schluß des Ministerrates heute mittag, er glaube nicht an einen Bruch.

Die Möglichkeit einer Vertragung.

London, 10. Aug. Gewisse Kreise, die zwar nicht offiziell, aber sonst sehr gut unterrichtet sind, meinen, daß falls Frankreich seine Forderungen aufrechterhält, sich die anderen Alliierten zusammen schließen werden, um eigene Mitteln auszuarbeiten. Als möglich wird noch angedacht, daß die Konferenz vertagt wird.

Der Vollzug der Ausweisungen.

Strassburg, 8. Aug. Die Presseabteilung des Generalkonsulats gibt bekannt: Die Ausweisungsmittelungen beginnen am Freitag, den 11. August, um 8 Uhr und betreffen 500 Personen. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke: Département Hauterhine 100, Basrhine 150, Mosel 250. Die Ausweisungsmahnahmen müssen bis Sonnabend mitternacht durchgeführt werden. Die Ausgewiesenen werden die Grenze einzeln überschreiten. Es werden keine Züge zusammengestellt. (W.T.B.)

Das Ergebnis der Verhandlungen mit Bayern.

Unterzeichnung eines Schlusprotokolls.

Berlin, 11. Aug. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayrischen Regierung wurden heute vormittag in einer Schlusssitzung in der Reichskanzlei beendet. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll zusammengefaßt, das für die Reichsregierung vom Reichslandrat Dr. Wirth, für die bayrische Regierung vom Ministerpräsidenten Grafen Herrenfeld gezeichnet wurde. Die Vertreter der bayrischen Staatsregierung sind heute mittag nach München abgereist. Das Protokoll wird dem bayrischen Ministerrat alsbald vorgelegt werden, der die endgültige Entscheidung für Bayern zu treffen hat. Für die Reichsregierung ist die Zustimmung des Kabinetts bereits erfolgt. (W.T.B.)

München, 11. Aug. Trotz strengster Vertraulichkeit, mit der die Verhandlungen in Berlin zwischen Reichsregierung und bayrischer Sonderkommission geführten wurden, will eine Berliner Information der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wissen, daß folgende Punkte Gegenstand der Verhandlungen waren: 1. Zurückziehung der bayrischen Verordnung. 2. Die Frage der Bildung eines Süddeutschen Senats beim Staatsgerichtshof. 3. Weitreichende Überlassung des Vollzugs der Schutzgesetze an die Landeskriminalbehörden. 4. Enge Zusammenarbeit des Reichskriminalpolizeiamts mit den Landespolizeibehörden. 5. Entweder die Übertragung der sich durch das Beamtenrecht ergebenden Disziplinarbefugnisse auf die Landesbehörden oder die Verlegung des Disziplinargerichts oder eines Teiles davon nach München. Das Reichskabinett wird eine Erklärung angunten der Wahrung der den Ländern nach der Weimarer Verfassung anzuhreibenden Hoheitsrechte abgeben. Vermutlich wird in dieser Erklärung auch zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schutzgesetze nach allen Seiten gleichmäßig anzuwenden sind.

Der Grund der Verhaftung Fehrenbachs.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
München, 11. Aug. Die Verhaftung Fehrenbachs erfolgte wegen dringenden Verdachts des Landesvertrates.

Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland?

Erzählen wir: Der Kronprinz hat nach wie vor den lebhaften Wunsch, in sein Vaterland zurückzukehren und hat von neuem Schritte unternommen, diesen Wunsch zu verwirklichen. Dem Kronprinzen wird der Aufenthalt auf der Insel Wieringen mit ihrem schlechten Klima und die ihm aufgezeigte Unmöglichkeit zur Heimkehr, die Schnellfahrt nach seiner Familie wird immer stärker, und sein Wunsch, eine produktive Tätigkeit in seinem Vaterland anzubauen zu können, beeindruckt ihn ganz. Die deutsche Regierung hat sich bereits einmal mit dem Erfordernis des Kronprinzen beschäftigt und war zur Überzeugung gelangt, daß eine Rückkehr nicht verboten, aber auch ein besonderer Schutz dem Kronprinzen nicht gewährt werden könnte, wenn er im Inlande welle. Durch den Ratshaus-Word kam die Angelegenheit ins Stöcken, und dem Kronprinzen wurde der Rat eröffnet, seine Pläne zu verlängern. Der Kronprinz hat in Freundekreisen verlängert, daß er an der neuen Staatsform nicht rütteln werde und nur als Privatmann in Deutschland leben wolle. Besondere Ausführungen hat die Regierung nicht verlangt. Einer Rückkehr steht nichts im Wege, sie erfolgt aber auf die eigene Gefahr des Kronprinzen. Holland kann, wie die Dinge liegen, den Kronprinzen kaum zurückhalten. Da er kein Staatsgefange ist, auch England hat kein Recht, die Heimreise aus dem freiwilligen Exil zu verbieten, nur Frankreich würde Schwierigkeiten machen, obwohl auch ihm rechtlich dazu keine Handbahn zur Verfügung stehen. Die deutsche Regierung würde bei einer Rückkehr weder die Entente benachrichtigen, noch dem Kronprinzen Verhöllungsmahnahmen erstellen. Sie erwartet, daß der Kronprinz völlig als Privatmann, möglichst entfernt von Berlin, lebt und sich politisch nicht betätigt. Sie würdet die Gründe, die den Kronprinzen zur Heimkehr treiben, würde aber einen nochmaligen Aufschub begründen, bis die außenpolitische Lage sich geklärt hat. Die Rückkehr würde also voraufläufiglich im Spätherbst erfolgen. Eine Rückkehr des Kaisers ist nie als beabsichtigt gewesen, der Kaiser will in Holland seinen Lebensabend beschließen.

Dollar (Amtlich): 870

Die Verfassungsfeierlichkeiten in Berlin.

(Nachrichten unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 11. Aug. Die große offizielle Verfassungsfeier, die heute mittag im Reichstag stattfand, hatte auf das Straßengeleben Berlins fast gar keinen Einfluß ausgeübt. Nur in den zum Reichstag führenden Aufzugsstufen hatten sich kleine Mengen Schaulustiger eingefunden, um Zeuge des militärischen Schauspiels und der Aussaher der Minister und des Reichspräsidenten zu sein. Schuhpolizei hatte die Absperrungen vorgenommen und hielt den Platz, wo die Ehrenkompanie Aufführung nehmen sollte, frei. Hier waren zwei große weiße Flaggenmasten errichtet, an denen große schwarz-rot-goldene Fahnen herabhängen. Um 12 Uhr marschierte die Ehrenkompanie heran, die sich aus Truppenstücken fast aller deutschen Bundesstaaten zusammenstellte. Offiziere und Mannschaften trugen den Stahlhelm mit dem neu eingeführten kleinen Wappenschild in den Landesfarben. Gleich darauf begann die Anfahrt der Reichsminister an der großen Rampe des Reichstagsgebäudes. Kurz vor 12 Uhr fuhr Reichskanzler Dr. Wirth vor. Punkt 12 Uhr erfolgte die Ankunft des Reichspräsidenten,

dessen Kranzwaren die Präsidentenstandarte trug. Er wurde vom Reichskanzler und vom Chef der Heeresleitung General v. Seest begrüßt. Gefolgt vom Reichspräsidenten, General v. Seest und dem Berliner Stadtkommandanten schritt der Reichspräsident die Front der Ehrenkompanie ab, wobei die Musikkapelle „Deutschland, Deutschland über alles“ intonierte. Mit dem Reichspräsidenten an der Spitze betrat dann die Minister den Reichstag. Im großen Sitzungssaal ging dann die eigentliche Feier vor sich. An der Empore zogen sich Bürger aus Eichenlaub und Trauerkranz entlang. Vom Mittel- und Seitenbalkon hingen die Wappen der Länder und der Hansestädte herab. An der Wand über dem Präsidium war ein großer Reichsbanner angebracht und darunter die Worte: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Erzählten waren außer dem Reichsminister die Mehrzahl der Minister der Länder und zahlreiche Angehörige des Reichstags und der übrigen Parlamente. Reichspräsident Ebert nahm in der früheren Hofloge Platz. Zu seiner Rechten saß der Vater der Reichsverfassung Reichsminister Dr. Professor Dr. Preuss. Die Feier wurde mit Beethovens Ouvertüre eingeleitet.

Aus der Rede des badischen Staatspräsidenten.

Berlin, 11. Aug. Bei der heutigen Verfassungsfeier im Reichstage begrüßt der badische Staatspräsident Hammel den Reichspräsidenten und den Reichskanzler als Badener und überbrachte ihnen den Ausdruck des Vertrauens des badischen Volkes. Er sprach über die Entstehung des badischen Staatsgefühls als natürliches Ergebnis des Verfassungsbewußtseins und des Heimatempfindens. Die Stärke des Reichsgefühls in Baden sei zu verstehen aus der Gleichzeitigkeit der Entstehung von Staatsgefühl und Reichsgefühl. Aus diesem Gedanken heraus begrüßte der Staatspräsident die Reichsverfassung vom 11. August 1919 als großartiges Gesetzeswerk mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Vor allem darin liege ihr seelischer Wert, ihr demokratischer und sozialer Inhalt sei unverdauliches Gut des deutschen Volkes geworden. Wirtschaftsleben und Geisteswelt seien zum Staats- und Verfassungsbewußtsein aus ihrem wohlverstandenen eigenen Bedürfnis heraus hinzuführen. Die Gegenfähigkeit zwischen den demokratischen Bedürfnissen der Zeit und der politischen Herrschaft der Reaktion habe das alte Reich zerbrochen. Auch das neue Deutsche Reich würde, wenn ein Gegensatz zwischen dem Geiste seiner Verfassung und der Einstellung der führenden Schichten entstehe, zugrunde gehen. Daher sei eine Sammlung aller Kräfte, ein Schuh der Rechtsordnung, auch der internationalen Rechtsordnung, nötig. Die erfolgte Verständigung zwischen der bayrischen und der Reichsregierung sei zu begrüßen und ein einmütiges Bekenntnis Süddeutschlands zum Reich festzustellen. Die Rede schloß mit einem Hoch auf die Republik, das deutsche Volk und Vaterland. (W.T.B.)

Die schwierige Lage des deutschen Maschinenbaues.

Berlin, 10. Aug. Wie die Dena erfährt, hat die Reichsregierung unlängst in einer Kabinettssitzung den Beschuß gefasst, die Ausfuhrabgabe bis zu 100 Prozent des gegenwärtigen Saches zu erhöhen. Das Kabinett hat einen entsprechenden Antrag an den Ausfuhrabgabeausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gerichtet. Der Exportindustrie hat sich wegen dieses Beschlusses des Kabinetts eine starke Erregung bemächtigt. So hat der Verein der Deutschen Maschinen-Bauanstalten im Namen der Deutschen Maschinenindustrie an den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: Viele Betriebe, für deren Sonderzeugnisse die Aufrechterhaltung der Ausfuhrmöglichkeiten Lebensbedingung ist, würden durch eine derartige Mehrbelastung auf schwerster geschädigt werden. Die ausländischen Weltbewerber des Maschinenbaues haben ihre Preise auf dem Weltmarkt sehr weit ermäßigt. Dazu kommt die fortgleichende Tendenz der Herstellungskosten in Deutschland. Wie schwierig sich die Lage für den deutschen Maschinenbau gestaltet hat, zeigt die Tatsache, daß sämtliche Betriebe, auch die der Arbeitnehmer, im Außenhandelsausschuß der Außenhandelsstelle für Maschinen in der Zwischenzeit eine Herabsetzung ihrer Ausfuhrabgabe als notwendig erachtet haben.

Dörfliches und Sächsisches.

Dresden, 11. August.

Rückwanderung von Industriearbeiterinnen zur früheren Beschäftigungsart.

In dem kürzlich veröffentlichten Bericht des Sachsischen Handelsministeriums wird auch die Frage nach der Rückwanderung von Arbeiterinnen aus früher ungewohnter und minder geeigneter Industrieszweigen zu ihrer vor dem Kriege betriebenen Beschäftigung behandelt. Es wird zunächst festgestellt, daß an einem Tag im Jahre 1921 die Belegschaft in Industrie und Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer um rund 600 niedriger war als zur selben Zeit des vorliegenden Jahres. Dieser insgesamt ausgeschlagene Rückgang zeigt sich hauptsächlich in der chemischen Industrie, der Papierindustrie, dem Holzgewerbe und vor allem in der Maschinen- und Metallverarbeitungsindustrie. Ein bedeutlicher Anzuwachs an Arbeiterinnen war schon zu Zeiten in der Nahrungsmittel- und der Textilindustrie zu verzeichnen; er hat sich im Jahre 1921 noch weiter fortgesetzt; und auch auf das Bettelungsgewerbe erstreckt, das zunehmend einen Rückgang — um etwa 1200 Arbeitnehmer — erfahren hatte.

An diesen Zahlen erblieb man ein Kennzeichen für die Rückwanderung von Arbeitern zu jenen Industriezweigen, die noch ihrer ursprünglichen Art von jener für weibliche Personen konträr in Betracht kommen, wie besonders Textil- und Bettelungsgewerbe, die jedoch während des Krieges und in den unmittelbar nachfolgenden Jahren immer domänenlos und erst jetzt die alte Aufnahmesfähigkeit allmählich wieder erlangt haben. Der Rückgang der Arbeitnehmerzahl in der Papierindustrie von reichlich 50 Prozent der Gesamtzahl aller industriell tätigen Arbeitnehmer dieser Gruppe im Jahre 1917 auf rund 30 Prozent gegen knapp 33 Prozent im Jahre 1913, wie der seit 1917 bis 1921 eingetretene Rückgang in der Maschinenindustrie von rund 2200 auf 1400 oder von 30 Prozent auf 8 Prozent der Gesamtarbeiterzahl dieser Industrie gegen rund 5 Prozent 1913, ist neben dem natürlichen Verjüngungsprozeß auf den Abbau der Kriegsindustrien zurückzuführen. In der Metallverarbeitung sank die Arbeitnehmerzahl von 35 Prozent auf 19 Prozent, in der Holzindustrie von 31 auf 15 Prozent und in der chemischen Industrie von 38 auf 32 Prozent. Dagegen stieg die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in der Textilindustrie von 83000 im Jahre 1917 auf 121000 zu Anfang Mai 1921 gegen 133000 im Jahre 1913.

Antrag auf Neufestsetzung der Preise für Umlagegetreide.

Die "Ztschr. Landwirtschaft. Leitfähr." schreibt: Infolge der eingetretenen starken Entwertung der deutschen Papiermark hat sich das Verhältnis zwischen dem im Juni festgelegten Preisen für das erste Drittel des Umlagegetreides und dem Marktpreis stark verschoben, denn während der Umlagepreis für Roggen auf Grund des § 30 des Gesetzes vom 4. Juli 1922 1000 Mark für die Tonne beträgt und der Marktpreis für Roggen am Tage der Bekanntgabe des Gesetzes auf 1600 Mark stand, ist dieser nach der Notierung vom 8. August auf 2500 Mark je Tonne gestiegen. Durch dieses Missverhältnis zwischen Umlagepreis und Marktpreis entstehen der Landwirtschaft, deren Betriebsinstituten sich der steigenden Marktentwertung anpassen, große Verluste, die unter Umständen eine ordnungsgemäße Fortführung der Betriebe sehr in Frage stellen. Der Landesfachkulturrat hat deshalb mit Nachdruck auf die zurzeit noch gar nicht aufzufindende weitere Verschlechterung der deutschen Papiermark bei dem Wirtschaftsministerium den Antrag gestellt, die in § 30 des Gesetzes vom 4. Juli 1922 festgelegten Preise für das erste Drittel des Umlagegetreides aufzuheben und dem Erzeuger für das in drei Raten abzuliefernde Umlagegetreide jeweils den durchschnittlichen Marktpreis der deutschen Auslandsausfuhrungen zu bezahlen.

Die Lage im Leipziger Kellnerstreik.

Von Arbeitgeberseite wird folgende Mitteilung verbreitet: Bei dem Streik steht es nun nicht etwa um die Entlohnung, sondern um die Betriebsaufgabe der Kellner und was um den 100prozentigen Zuschlag auf den Umsatz, der ausschließlich den Kellnern auffällt. Ein Zustrom, wie es nach Ablassung des Trüfaeldes in ganz Deutschland, mit wenigen Ausnahmen üblich ist, und wie es auch im Ausland von den Kellnern anstrebt wird. In Leipzig wird gegen diese Einführung gescrekt, obgleich die Vorsteher offensichtlich sind, denn bei diesem Zustrom feiert mit der Entwertung des Geldes das Einkommen des Kellners automatisch. Mit der Gründung des Arbeitgeber-Verbandes des Gastwirtengewerbes in Leipziger Stadt und Land ist eine veränderte Lage geschaffen worden. Die Arbeitgeber haben sich mit wenigen Ausnahmen zu einem festen Block zusammengefunden. Der Arbeitgeber-Verband wird nie von seiner Forderung, der Einführung des 100prozentigen Zuschlags, abweichen, und da von den Kellnern eine Prinzipientreue für das ganze Deutsche Reich zum Ausdruck gebracht werden soll, so haben sich hinter den Leipziger Arbeitgeberverband die Arbeitgeberverbände des Gastwirt-

gewerbes für ganz Deutschland gestellt. Wenn also nicht noch vor Todesfall die Kellner anderen Sinnes werden oder andere Ereignisse eintreten, so wird wohl während der Messe, genau wie bei der Bäcker-Ausstellung und beim Arbeiter-Turnfest, Leipzig ohne Gewalt geschlossen sein. Es ist sogar von Seiten der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes schon der Antrag gestellt worden, sämtliche Betriebe, die Hotels eingeschlossen, vollständig zu schließen, für den Fall, daß neuerdings Terrorakte gegen Leben und Gut der Arbeitgeber und Arbeitswilligen stattfinden sollten.

* Dr. v. Schwarz Amtshauptmann von Schwarzenberg. Der zum kommissarischen Vater der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg bestellte Oberregierungsrat Dr. von Schwarz ist vom Gesamtministerium zum Amtshauptmann ernannt worden.

* Die Feier des Verlassungstages in Dresden trat äußerlich nicht allzu sehr in die Erziehung. Da der heutige 11. August noch nicht als gesetzlicher Feiertag erklärt, sondern noch Werktag ist, ging das öffentliche Leben in den gewohnten Bahnen vor sich. Die Reichs-, Staats- und städtischen Gebäude hatten selbstverständlich anordnungsgemäß geschlossen, auch verschiedene Privathäuser, ebenso trat in der Bureauzeit aller Behörden eine Unterbrechung ein, in der in den schon angekündigten Weise auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wurde. In den Fabriken, Geschäftshäusern usw. ist aber der Betrieb unverändert fortgesessen. Die Plakatmusik auf dem Altmarkt zwischen 11 und 12 Uhr batte viele Lieder angelöst.

* Amerika-Spende für das Stadtwaisenhaus. Eine recht erfreuliche Spende aus deutsch-amerikanischen Kreisen in Höhe von 7770 M. ist unserem Stadtwaisenhaus durch Vermittlung der Abendschule in St. Louis, Herausgeber Louis Lange, eingegangen, und zwar zur Verhöhung von Wintermänteln für die Waisenmädchen. Das Waisenhaus ist als Stiftungsanstalt auch in sehr bedrängter wirtschaftlicher Lage, weshalb jede Hilfe, von welcher Seite sie auch kommt, dankbar begrüßt wird.

* Blumenspendenvermittlung. Die von alther geübte Sitte, Blumen zu allen Familiereunionen nach auswärtig zu versenden, ist durch die Verhältnisse fast unmöglich geworden. Das teure Porto und die hohen Verpackungskosten belasten die Sendungen derart, daß sie meist unterlassen werden. Um diesem Missstande abzuheilen, ist eine über ganz Deutschland und das Ausland verbreitete Vereinigung Blumenspendenvermittlung ins Leben gerufen worden, der die besseren Geschäfte in allen Städten angehören. Die Mitglieder dieser Vereinigung haben sich gegenseitig verpflichtet, von auswärts kommende Aufträge gewissenhaft und zum Vorzugspreise auszuführen. Die Geschäfte, die dieser Vereinigung angehören, sind durch ein aufschild hinweisendes Schild kennlich gemacht.

* Polizei und Esperanto. Auch in der Polizei macht sich die Esperantobewegung in immer größerer Weise bemerkbar. Seit April erscheint in Budapest eine internationale Zeitung "La Policiejo", welche es sich zur Aufgabe macht, in die Polizeiorganisationen Esperanto einzuführen. Tätige Esperanto-Polizeigruppen befinden sich bereits in Braunschweig, Lissabon, Wiesbaden, Haag, Prag, Stuttgart, Paris, Hof, Eisenach, Berlin, Edinburg und Budapest. Der Bezugspunkt für die vorläufig noch schwachentwickelte Esperantozitung für Deutschland 100 M. Interessenten wollen sich entweder an die Geschäftsstelle des Deutschen Esperanto-Bundes, Dresden, Hauptstraße 38, oder direkt an Herrn Aquinto Marich, Budapest 41, Postfons 255, wenden.

* Verschaffungsteuer in Kloster. Zu einer Verschaffungsteuer lädt die Deutsche Demokratische Partei für Kloster und Umgebung für morgen, Sonnabend, abends 14.30 Uhr, nach dem Bahnhofshotel ein. Die Reichsstraße wird dabei gesperrt. Weiter sind deutsamtische und mährisch-sächsische Postorte vorgesehen.

* Eine Kraftomnibus-Tournee nach Annaberg über Dippoldiswalde-Kipsdorf veranstaltet die staatliche Kraftwagenverwaltung nächsten Sonntag. Abfahrt in Dresden Käfer-Kaffee 9.30 Uhr vormittags. Rückfahrt ab Annaberg Sächsische Meile 9.30 Uhr abends. Voranmeldung gegen 8 Uhr der Fahrerlinie in der Verwaltungsstelle, Blombergplatz 2, Zimmer 80.

* Winkelshank. Wegen Schankvergehen stand die aus Brüx gebürtige geschiedene Ida Schramm vor dem Dresdner Schöffengericht. Ohne Konzession betrieb sie in der Sachsen-Allee eine alkoholfreie Weinsteube, verhinderte darin aber Wein und Schnaps. Wegen Unterzehrung der Weinsteuer hat sich bereits einen Strafbescheid von 14400 M. erhalten, der inzwischen rechtskräftig geworden ist. Wegen Schankvergehen erkannte das Gericht jetzt anderweit auf 3000 M. Geldstrafe.

* Ein Schieber vor Gericht. Der aus Leipzig gebürtige 16 Jahre alte Kaufmann Emil Weiß, vorbestraft, mußte sich wegen Betrugs vor dem Dresdner Schöffengericht verantworten. Er hatte von einem Kaufmann Wagner Brillanten zum Verkauf erhalten. Weiß will daraus 5000 Mark erhöht haben. Er machte dann den Vorschlag, dafür beide und in Köln einen Posten Schuhe zu erwerben. Zu diesem Zweck gehörte ihm Wagner noch 20000 M. Postschuh. Die Angaben von Weiß waren alles Schwund. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Monat Gefängnis mit der Begründung, daß hier, wo es sich um Schiebedelikte handele, eine besondere Schutzbedürftigkeit des Geschädigten nicht vorlag.

* Wochenspielplan der Staatstheater. Opernhaus: Sonntag (13.): "Aida" (15. bis 10), Montag: "Orpheus und Eurydice" (15. bis 10), Dienstag: "Der Rosenkavalier" (15. bis 10), Mittwoch: "Deroron" (15. bis 10), Donnerstag: "Die Lauberlöse" (17. bis 10), Freitag: "Aida" (15. bis 10), Sonnabend: "Orybund und Eurydice" (15. bis 10), Sonntag: "Die Meistersinger von Nürnberg" (16. bis 11), Montag: "Hoffmanns Erzählungen" (15. bis 10). — Das Staatstheater bleibt bis 19. August geschlossen.

* Mitteilung der Staatstheater. Opernhaus: Die erste Aufführung der neuen Spielzeit Sonntag, den 12. August (13); "Aida" (15. bis 10), Montag: "Orpheus und Eurydice" (15. bis 10), Dienstag: "Der Rosenkavalier" (15. bis 10), Mittwoch: "Deroron" (15. bis 10), Donnerstag: "Die Lauberlöse" (17. bis 10), Freitag: "Aida" (15. bis 10), Sonnabend: "Orybund und Eurydice" (15. bis 10), Sonntag: "Die Meistersinger von Nürnberg" (16. bis 11), Montag: "Hoffmanns Erzählungen" (15. bis 10). — Das Staatstheater bleibt bis 19. August geschlossen.

* Spielplan des Neidhardt-Theaters vom 13. August bis mit 21. August. Sonntag nachmittag und abendlich: "Reigen".

* Spielplan der Sommer-Oper (Neidhardt'sche Schauspielhaus) vom 14. bis mit 21. August. Montag (14.): "Kreisfahrt" (Bühnenwolfsbund Nr. 7001-8000). Dienstag: "Fra Diavolo" (Bühnenwolfsbund Nr. 8001-9000). Mittwoch: "Die lustigen Weiber von Windsor" (Bühnenwolfsbund Nr. 8001-9000). Donnerstag: "Wilde Jagd" (Bühnenwolfsbund Nr. 9001-10000). Sonnabend: "Fra Diavolo" (Bühnenwolfsbund Nr. 9001-10000). Montag (21.): "Wildschlag" (Bühnenwolfsbund Nr. 10001-11000).

* Vom Freiberger Stadtkino. Nachdem Direktor

Dr. phil. Walther Schreiber von der Direktion des hiesigen Vermittler der Bildwirte des Freiberger Tonkünstler

* Hammerunterwiesenthal. Eine furchtbare Bluttat hat sich am Mittwoch morgen in der fünften Stunde im Hause des Werkführers Heinrich Binner abgespielt: Die 41 Jahre alte Ehefrau schnitt zuerst ihrem 1½-jährigen Kind mit einem Mähermesser die Kehle durch, holte dann ihre 13 Jahre alte Tochter, die im ersten Stock bei ihrem Vater schlief, herunter in ihre im Erdgeschoss gelegene Kammer — ohne daß der Mann etwas davon bemerkte — und verlebte sie schwer am Halse und entledigte sich darauf mit dem Mähermesser selbst. Ein 15-jähriger Sohn, der in der gleichen Stube schlief, erwachte wohl noch rechtzeitig genug, um nicht ebenfalls der verunreinigten Tat der eigenen Mutter zum Opfer zu fallen. Seine Mutter brachten zwar den Vater schnell herbei, die Mutter und das jüngste Kind waren aber bereits tot. Das Mädchen ist am Nachmittag gegen 4 Uhr ihren schweren Verletzungen, die einen starken Blutverlust zur Folge gehabt hatten, ebenfalls erlegen. Die Beweggründe zu der Tat werden in ehelichen Unstimmigkeiten gesucht. Die Familie ist erst seit Mai im Hammerunterwiesenthal ansässig und stammt aus Böhmen.

Ein vereitelter Raubmord in Chemnitz.

Ein gedungenes Mord.

Der Chemnitzer Kriminalpolizei wurde noch rechtzeitig der Plan eines Raubmordes verraten, dessen Opfer der Reisende Goldstein aus Nürnberg sein sollte. Das "Chemnitz. Tagblatt" berichtet darüber:

Der hier Leonhardstraße 36 wohnende Konsulschiffsinhaber Paul Vogel sang befand sich seit längerer Zeit in wirtschaftlicher Bedrängnis und hatte in den nächsten Tagen gründliche Zahlungen zu leisten. In seiner Notlage beschloß er, den ihm bekannten Kaufmann Goldstein aus Altdorf bei Nürnberg, der öfters nach Chemnitz zum Einkauf kommt und gewöhnlich größere Beträge bei sich führt, zu ermorden, um sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Er veranlaßte Goldstein, unter dem Vorzeichen, ein Fabrikant in Niederschönhausen habe günstig Ware zu verkaufen, mit nach diesem Ort zu fahren und über 100000 Mark mitzunehmen. Er hatte einen ihm bekannten Gelassenheitsarbeiter in seinem Plan eingeweiht, der an einem geeigneten Platz Goldstein in die Wohnung zu locken. Im letzten Augenblick ließ ihn aber der von ihm Gedungenen in Stich und verriet den Plan der Kriminalpolizei, die Vogel sang festnahm. Dieser hatte vorher schon Goldstein in eine Wohnung der Chemnitzer Straße geladen und wollte ihn dort umbringen. Er hatte aber nicht den Mut, die Tat allein auszuführen. Es war geplant, die Leiche nach der Tat in einen Koffer zu verpacken und in einer Schleuse zu versenken. Vogel sang hatte dem Gedungenen Arbeitreich Alkohol zu trinken gegeben, um ihm Mut zu der schaurigen Tat zu machen. Glücklicherweise aber war dadurch bei dem Mörder gerade die entgegengesetzte Stimmung ausgelöst worden. Er ging von der Arndtstraße nach dem nahen Gewerbeamt II, erzählte dort, was beabsichtigt sei, worauf ein Beamter dieser Behörde sofort die Kriminalpolizei anrief.

Wetterlage in Europa am 11. August 1922, 12 Uhr mittags.

Station	Bodenrichtung und -stärke	Wetter	Temperatur °C	Windrichtung und -stärke	Wetter	Temperatur °C
Borkum	NNW 2 bedeckt	+15.03	Büffingen	NW 1 bedeckt	+12.0	
Swinemünde	W 1 windig	+13.03	Görlitz (Ost.)	SE 1 bedeckt	+12.3	
Frankfurt a. M.	WNW 3 heftig	+13.03	Stettin (Ost.)	SE 1 windig	+14.0	
NNO	1 bedeckt	+12.03	1 Danzig	SE 2 windig	+15.0	
Hamburg	SW 3 bedeckt	+13.03	1 Wismar	— NW 2 windig	+15.0	
Berlin	—	—	1 Wien	—	—	
Breslau	—	—	1 Marienbad	WSW 2 heftig	+15.0	
Frankf. a. M.	NO 2 bedeckt	+15.03	8 Kopenhagen	WSW 2 heftig	+14.0	
Wandsbek	W 2 bedeckt	+13.03	9 Stockholm	N 1 heftig	+15.0	
Dresden	S 3 heftig	+7.03	Stockholm	N 3 bedeckt	+15.0	
Zugspitze	SW 3 windig	+3.03	Helgoland	NNO 3 bedeckt	+15.0	

Das Zentrum der gestern erwarteten Depression liegt jetzt weit im Nordosten und ist im Abgehen begriffen. Das Hochdruckgebiet, das vom hohen Norden bis nach Mitteldeutschland reicht, ist für unser Wetter bestimmend. Es prägt sich gegenwärtig noch Sommerlich für die nächsten Tage im wesentlichen günstiges Wetter bevor. Doch ist damit zu rechnen, daß unter dem Einfluß einer nördlichen Aufströmung zeitweise Übung eintreten wird. Starke Erwärmung ist nicht zu erwarten.

Wetter-Meldungen aus Sachsen vom 11. August, 7 Uhr früh.

Station	Höhe	Barom.	Temp.	Wind	Wetter	Temp. Morgen	Min.
Dresden	110	756.0	+12.8	S	2 bedeckt	+20.3	+13.7
Weißer Hirsch	230	754.0	+11.4	SW 2	bedeckt	+19.3	+10.8
Waldheim*	245	742.3	+12.1	SSO 3	wolkig	0.0	+19.5
Göltzschtal	1213	662.1	+8.4	S 3	bedeckt	-11.0	+5.5

* Wetterbericht der Dresden.

Wetter-Aussicht für Sonnabend den 12. August.

Bei veränderlicher Bewölkung mäßiges, warmes Wetter.

Wetterbericht der Elbe und ihrer Zuflüsse.

Stadt	Bodenrichtung und -stärke	Morgen	Temperatur	Windrichtung und -stärke	Wetter	Temperatur

</tbl

